

BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.

- Ratsfraktion -

Postfach 123 - 33242 Gütersloh ● Lindenstr. 16 - 33332 Gütersloh
☎ 05241 - 222 772 / Fax 15064 - www.bfgt.de / e-Mail: info@bfgt.de

HAUPTAUSSCHUSS der STADT GÜTERSLOH

c/o Frau Bürgermeisterin Maria Unger
Berliner Str. 70 – Rathaus – 33330 Gütersloh

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin –

in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.02.2008 bittet die BfGT Fraktion um Beantwortung nachfolgender Fragen:

Zum Thema „Sparkasse“ wurden der Bürgermeisterin Schreiben von Gütersloher Bürgern übermittelt, die um Beantwortung verschiedener Fragen baten. Ebenso wurden div. Vorwürfe / Behauptungen in Bezug auf Mitglieder des Verwaltungsrates sowie des Kreditausschusses erhoben.

Zwischenzeitlich berichten die Medien teilweise im Detail über die Inhalte. Vorwürfe und Gegendarstellungen wechseln sich ab und ergeben im Großen und Ganzen ein „undurchsichtiges Bild“.

Die Sparkasse ist gemäß § 3 des Sparkassengesetzes ein Wirtschaftsunternehmen der Gemeinde, deren Beteiligung indirekt über den Sparkassenzweckverband der Stadt und des Kreises Gütersloh erfolgt.

- Sind die Schreiben / Fragen zwischenzeitlich beantwortet worden?
- Werden Sie, in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeisterin der Stadt, eine öffentliche Stellungnahme abgeben?
- Welche Maßnahmen kann / wird die Bürgermeisterin ergreifen, um die geforderte Aufklärung herbeizuführen?

Antwort der Bürgermeisterin:

- „Die Schreiben, die von verschiedenen Absendern quasi gleich lautend an mich gerichtet worden sind, können von mir nicht beantwortet werden.“ Die Bürgermeisterin verwies darauf, dass sie lediglich „Beanstandungsbeamtin“ sei, die die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse des Verwaltungsrats kontrolliere. „Daraus wird deutlich, dass meine Befugnis gegenüber der Sparkasse sich in einem engen Rahmen bewegt, der das Recht zu Handlungsanweisungen nicht enthält.“ Maria Unger verweist weiterhin auf die Stellungnahmen von Vorstand und Verwaltungsrat, dass die Vorwürfe jeder Berechtigung entbehren. Die nicht belegten Behauptungen seien gezielt verbreitet worden, um Einfluss auf aktuelle Entscheidungen zu nehmen. Dies schade dem Ansehen der Sparkasse und werde mit Nachdruck zurückgewiesen.